

Informationspflicht zur Erhebung von personenbezogenen Daten nach Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landratsamt Schmalkalden-Meiningen
Die Landrätin

Obertshäuser Platz 1
98617 Meiningen

FB Arbeit – Kommunales Jobcenter -
Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung
Telefon: 03693 / 485-8517
Fax: 03693 / 485-8575
E-Mail: schuldnerberatung@lra-sm.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Schmalkalden-Meiningen
Datenschutzbeauftragter Herr Graibel
Adresse: siehe Verantwortlicher
Telefon: 03693 / 485-8254
E-Mail: datenschutz@lra-sm.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstelle des Landkreises Schmalkalden-Meiningen erhebt, speichert, nutzt und verarbeitet Daten zur persönlichen,

familiären und wirtschaftlichen Situation, zur Einkommens- und Vermögenslage und Schuldsituation sowie zum Stand der Beratung.

Die Datenverarbeitung gemäß Art. 6 DSGVO ist zulässig, wenn die betroffene Person ihre Einwilligung erteilt hat.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Die erhobenen Daten sind für die Verhandlung mit den Gläubigern bzw. deren Vertretern und zur Durchführung von außergerichtlichen Vergleichen, Schuldenbereinigungen sowie dem Verbraucherinsolvenzverfahren erforderlich. An Hand des vorliegenden Datenmaterials werden Vorschläge für eine Entschuldung im Rahmen der allgemeinen Schuldnerberatung erstellt.

5. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Erfolgt nicht.

6. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

Für die während des Beratungsprozesses erhobenen Daten besteht eine Speicherfrist von 10 Jahren nach Beendigung des Falles. Ein Beratungsfall wird beendet, wenn:

- dies der Ratsuchende gegenüber der Beratungsstelle erklärt.
- die Beratungsfachkraft feststellt, dass die Mitwirkung der ratsuchenden Person fehlt und auch nach schriftlicher bzw. telefonischer Erinnerung mit einer Fristsetzung keine Rückmeldung des Ratsuchenden erfolgt.
- in den letzten 12 Monaten kein Beratungskontakt stattgefunden hat.

7. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Nicht bekannt. Beratungstätigkeit beruht auf der Freiwilligkeit.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DSGVO).

9. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

10. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DSGVO

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO). Daher haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

11. Datenquellen und Datenaustausch

Die Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung kann mit Ihrer Einwilligung personenbezogene Daten z.B. mit Gläubigern, gesetzlichen Vertretern, dem Kommunalen Jobcenter und anderen Netzwerkpartner austauschen.

12. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

Die Verwendung personenbezogener Daten zu anderen Zwecken als dem Erhebungszweck ist nur im Rahmen der unter Ziffer 3 genannten Zwecke zulässig und sofern der neue Zweck mit dem Erhebungszweck kompatibel ist.